

Nach dem deutsch-amerikanischen Zerwürfnis über den Irak-Krieg ist ein konstruktiver Neubeginn der transatlantischen Kooperation in der Sicherheitspolitik noch nicht erkennbar. Obwohl die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus fortbesteht – wie der tödliche Bombenanschlag auf Bundeswehrsoldaten in Kabul bewiesen hat –, scheinen die ehemaligen Kriegsgegner einschließlich Deutschlands die Bemühungen um Veränderungen im Krisenbogen des Nahen und Mittleren Ostens derzeit weitgehend den USA zu überlassen. Gleichzeitig beteiligt sich Deutschland trotz Einsatzüberlastung der Bundeswehr mit symbolischen Beiträgen am europäischen Kongo-Einsatz, der unter französischer Führung mit ausdrücklicher Nichteinbeziehung der NATO gestartet wurde. Das Verhalten der Bundesregierung vor, während und nach dem Irak-Krieg macht erneut einen schwer wiegenden Mangel deutlich: Der deutschen Sicherheitspolitik fehlt ein strategisches Gerüst. Folge dieses Mangels ist, dass Entscheidungsträger viel zu sehr den Vorgaben der Tagespolitik statt einem langfristigen Ansatz folgen. Konsequenz dieser Politik sind Reibungsverluste – also kurzfristiger Ressourceneinsatz, der aber nicht langfristig zur Absicherung vitaler Interessen beiträgt.

Ziel muss sein, nicht *ad hoc* zu reagieren, wie in der Irak-Krise geschehen, sondern strategisch zu agieren. Einer sicherheitspolitischen Entscheidung muss daher ein dreifaches Raster zu Grunde ge-

legt werden. *Erstens*: Wie sehen die zentralen Sicherheitsinteressen Deutschlands aus? *Zweitens*: Welche Instrumente stehen zur Umsetzung zur Verfügung? Und *drittens*: Trägt die Entscheidung zur Absicherung unserer Sicherheitsinteressen bei?

Grundlage strategischen Handelns

Deutsche Interessen sollten die Grundlage strategischen Handelns bilden, als vital sind insbesondere drei Punkte zu benennen: Sicherheit der deutschen Bevölkerung und Unversehrtheit deutschen Territoriums; Aufrechterhaltung des Lebensstandards und Funktionieren der Wirtschaft durch Sicherung des freien Warenaustausches und ungehinderter Rohstoffzufuhr; sowie Stabilität in Europa, im europäischen Umfeld und im weiteren internationalen System. Letzteres schließt humanitäre Belange ein.

Zur Durchsetzung seiner Interessen braucht Deutschland Handlungsmöglichkeiten. Als Mittelmacht findet Deutschland seine Handlungsmöglichkeiten überwiegend im Verbund von EU, NATO und UNO. Der Balanceakt besteht darin, deutsche Sicherheitsinteressen in diese Organisationen einzubringen, gleichzeitig aber so kompromissbereit zu sein, dass die beschlussfähige Mehrheit der Mitglieder dem einzuschlagenden Weg zustimmen kann. Um dabei ein ausreichendes Gewicht einzubringen, muss Deutschland über ein ernst zu nehmendes wirtschaftliches, politisches und nicht zuletzt militärisches Potenzial verfügen. Die Definition

dieser Interessen stellt die Grundlage für ein strategisches Gerüst in der Sicherheitspolitik dar.

Als Beispiel für die Lücke zwischen tatsächlichem und erforderlichem Handeln Deutschlands bietet sich die Irak-Krise an. Die hierbei angewandte amerikanische Präventivkriegsstrategie, die prinzipiell auf eine einwandfreie völkerrechtliche Legitimationsgrundlage verzichtete, liegt zwar grundsätzlich nicht in unserem Interesse. Denn damit wäre eine Abkoppelung der USA von den multilateralen Ordnungsstrukturen der UNO verbunden, die auf die Fähigkeit, deutsche Sicherheitsinteressen im Verbund durchzusetzen, zurückschlagen würde.

Mit der Instrumentalisierung der Kriegsfrage für den Bundestagswahlkampf verfolgte die Regierung Schröder allerdings Parteiinteressen statt nationaler Interessen. Um die USA zu besänftigen, wurde gleichzeitig die uneingeschränkte Nutzung der deutschen US-Basen und des deutschen Luftraums zugesichert. Dies war insofern widersinnig, als die deutschen Stützpunkte für den Truppenaufmarsch in der Golfregion essenziell waren und eine Militäraktion ohne sie nur unter größten Schwierigkeiten durchführbar gewesen wäre. Die Bundesregierung zog sich zur Begründung auf bestehende Verträge mit den NATO-Verbündeten zurück.

Selbst nach den Wahlen behielt Schröder diese Haltung mit leichten Modifikationen bei. Nunmehr instrumentalisierte er die Frage für den eigenen Machterhalt – gegen Kritik an seinem Führungsstil. Damit war er bei der Verfolgung von persönlichen statt nationalen Interessen angelangt.

Außenpolitisch hat der „deutsche Weg“ lediglich zu einer Unterordnung unter die französische Politik geführt. Die Annäherung an Frankreich war der einzig gesichtswahrende Weg aus der allzu isolierten Position deutscher Totalver-

weigerung. Der französische Präsident Chirac wiederum nutzte die Krise, um Frankreich informell zur Führungsnation Europas aufzuschwingen – mit Anspruch auf eine eigenständige, auch militärisch unterfütterte Machtposition weit über den alten Kontinent hinaus, wie sich kurz darauf in der Kongo-Krise zeigte.

Mit dem Wunsch der Bundesregierung, die Herrschaft des Völkerrechts zur Geltung zu bringen, hat das wenig zu tun. Russland als dritte „Achsenmacht“ der Kriegsgegner ist in Sachen Völkerrecht zudem ein fragwürdiger Mitstreiter. Aus Sicht der deutschen Interessenlage wiegt jedoch am gravierendsten: Die Mitglieder dieser Anti-Kriegs-Achse haben weder einzeln noch gemeinsam das Potenzial, das die USA als Verbündeter zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen aufweisen.

„Volle Mitbestimmung“

Um Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen, hätte Deutschland insbesondere volle Mitbestimmung bei den amerikanisch-britischen Planungen erlangen müssen. Hierzu hätte die Bundesregierung die deutsche Mitwirkung am Truppenaufmarsch einschließlich der von Schröder zugestandenen Nutzung der deutschen Basen ausdrücklich anbieten müssen. Im Gegenzug hätte man gleichberechtigte Beteiligung an den Planungen sowie unbeschränkten Informationsaustausch einfordern müssen. Letzterer besteht innerhalb der NATO schon immer ausschließlich zwischen den USA und Großbritannien. Hier hätte die Chance bestanden, dies im Sinne der einst von George Bush senior angebotenen „Partnership in Leadership“ zu ändern. Eine militärische Beteiligung hätte unter glaubwürdigen Verweis auf die Überlastung der Bundeswehr durch laufende Auslandseinsätze nicht wesentlich über den tatsächlichen Stand hinausgehen müssen.

Als selbstbewusster Partner, der mit den deutschen Basen über essenzielle Aktivposten verfügt, hätte Deutschland als Moderator mit dem restlichen Europa agieren können. Unter Verweis auf die negative Stimmung in der Bevölkerung hätte man von vornherein mäßigend auf die amerikanische Politik einwirken können. Die Versicherung standhafter Solidarität wäre so mit dem warnenden Hinweis auf das Scheitern der gemeinsamen Strategie gekoppelt worden, wenn der öffentliche Druck durch brachiale Rhetorik der Partner zu groß würde. Damit hätte man gleichzeitig in Washington die Position der Kräfte gefestigt, die wie Colin Powell primär auf ein multilateral abgesichertes Vorgehen in der Irak-Krise setzten, und ihnen den Rücken gegen die unilateralen Falken im eigenen Lager gestärkt. Im Rückblick kann man sagen, dass den Gemäßigten in der Regierung Bush von einer Koalition aus Rumsfeld und Chirac der Boden unter den Füßen weggezogen wurde.

Bei zielgeleitetem Handeln dagegen wären die Chancen größerer Einigkeit sowohl unter den Europäern als auch im Sicherheitsrat erheblich besser gewesen; die militärische Drohkulisse wäre nicht von vornherein infrage gestellt worden. Ein solches Auftreten der Weltgemeinschaft unter Führung der Amerikaner hätte die Chancen einer echten Kooperation des Irakes spürbar erhöht. Bei einer tatsächlichen Erfüllung der UNO-Auflagen gemäß SCR 1441 hätte Deutschland dann derjenige Partner sein können, der insbesondere die USA auf die Anerkennung einer friedlich vollzogenen Entwaffnung hätte verpflichten können. Im Kriegsfall hätte Deutschland seine Interessen in einer Nachkriegsordnung sehr viel robuster vertreten können.

Notwendige Kooperation

Für die eingangs definierten Interessen, auf die aktuelle Situation angewandt, bedeutet das Folgendes:

Erstens: Deutschland hat nach dem Sieg der Koalitionsstreitkräfte ein Interesse an der Implementierung einer stabilen Nachkriegsordnung im Nahen Osten. Eine solche Ordnung darf nicht zu stärkerer terroristischer Aktivität gegen Deutsche beziehungsweise auf deutschem Territorium führen; sie darf das Problem der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) nicht weiter verschärfen; und sie muss einen störungsfreien Handel sowie eine störungsfreie Rohstoffzufuhr gewährleisten.

Zweitens: Eine unipolar von den USA gestaltete Weltordnung im Sinne einer „pax americana“ ohne Einbindung in multilaterale Ordnungsstrukturen liegt nicht im deutschen Interesse, da sie automatisch zum Bedeutungsverlust aller anderen Mächte einschließlich Deutschlands führen muss. Ebenso wenig kann deutsche Politik ein Interesse an einer multipolaren Ordnung haben, die den amerikanischen Einfluss auf Kosten der Wahrnehmung deutscher Sicherheitsinteressen eindämmen könnte.

Drittens: Der Bedeutungsverlust von NATO und UNO durch die Spaltung zwischen amerikanischen Verbündeten und Kriegsgegnern schränkt Deutschlands Handlungsmöglichkeiten ebenfalls ein. Gleiches gilt für die Streitigkeiten innerhalb der EU. Achsenkoalitionen, die bestehende Friktionen weiter verschärfen, sind daher abzulehnen.

Und *viertens:* Deutschland muss wieder aktiv und konstruktiv Einfluss auf die sicherheitspolitische Entwicklung nehmen, um seine Interessen durchzusetzen. Den USA ihrerseits geht es augenscheinlich nicht nur um einen Regimewechsel im Irak, sondern um eine strategische Neuordnung des Nahen Ostens. Dieses Projekt verlangt einen langen Atem und ist mit erheblichen Risiken behaftet. Die Sicherung der zivilen Infrastruktur und territorialen Integrität des Irakes ist Voraussetzung für eine lebensfähige politi-

sche Grundordnung in diesem zentral im südlichen Krisenbogen gelegenen Land. Ob sich darauf ein pro-westlicher, demokratischer und bestandsfähiger Staat aufbauen lässt, ist allerdings zweifelhaft. Vor allem ein schiitisches Übergewicht in den politischen Strukturen des Nachkriegs-Irakes und mögliche Hinwendung dieses Bevölkerungsteils zum Iran läge nicht im westlichen Interesse. Vorkehrungen für eine säkulare Ausrichtung der neuen Staatsform sind unabdingbar. Wahrscheinlich wird daher auch im Nachkriegs-Irak für längere Zeit eine starke Ordnungsgewalt im Innern benötigt werden.

Umfassende Nahostlösung

Zentrales Problem in der Region bleibt der Palästinakonflikt.

Washington hat bereits massiven Druck auf Syrien ausgeübt. Ziel ist, die syrische Unterstützung terroristischer Netzwerke gegen Israel zu kappen, die Blockadehaltung für einen Ausgleich mit Israel auszuhebeln und die moderaten Kräfte im palästinensischen Lager zu stärken. Damit wird das sicherheitspolitische Umfeld für Israel nach dem Sturz Saddam Husseins weiter verbessert. Im Gegenzug muss die israelische Regierung von ihrer Siedlungspolitik ablassen und den Weg für einen überlebensfähigen Palästinenserstaat freimachen. Sollte der Iran als ein Schlüsselakteur der Region eine sich abzeichnende Nahostlösung weiterhin gezielt hintertreiben, wird Washington zu einer robusten Eindämmungspolitik gegen das Mullah-Regime übergehen müssen.

Eine umfassende Nahostlösung ist freilich nur einer der beiden Aspekte, die die Bush-Administration mit ihrem Vorgehen verfolgt. Der vielleicht noch wichtigere Aspekt ist der Stopp der Verbreitung von MVW und Raketenträgertechnologien. Syrien und der Iran kooperieren eng mit Nordkorea. Sie stehen des-

halb als Abnehmer auf einer schwarzen Liste, die Kim Jong Il als Hersteller anführt. Sein Regime handelt mit solchen Waffen, weil es sich seiner Natur nach als unfähig erweist, auf andere Art zu überleben. Kappt man die Rüstungs Kooperationen Nordkoreas mit Risikostaaten im Nahen Osten, wird dies möglicherweise einen inneren Zusammenbruch des Regimes fördern, zumindest aber eine gewisse Öffnung und Kooperationsbereitschaft bewirken können.

Die Implementierung einer Nachkriegsordnung im Irak mit dem Ziel, das sicherheitspolitische Umfeld Israels spürbar zu verbessern und damit den Rahmen für einen lebensfähigen Palästinenserstaat zu schaffen sowie gleichzeitig eine Eindämmung des nordkoreanischen Bedrohungs faktors zu fördern, wäre mit einem enormen Kräfteaufwand verbunden, nicht nur in militärischer Hinsicht. Da Deutschland, abgesehen von der MVW-Problematik im südlichen Krisenbogen, aus handfesten wirtschaftlichen Gründen Interesse an einer stabilen Ordnung des Nahen Ostens hat, sollte es das Vorgehen der Amerikaner in der Region zumindest finanziell und humanitär abstützen. Ein Verschleiß der amerikanischen Ordnungs- und Aufbaukräfte würde auf Europa zurückschlagen. Deutschland sollte des Weiteren – vor allem über die EU – auf Israel einwirken, einen überlebensfähigen Palästinenserstaat zuzulassen.

Doppelstrategie und Partner

Dieser Irak-Krieg legt – wie auch schon der Kosovo-Krieg – eines mit brutaler Härte offen: Die Uneinigkeit der Europäer in einer sicherheitspolitischen Schlüsselfrage und ihre akute militärische Schwäche. Kritik an amerikanischen Alleingängen erfordert zugleich die Hinterfragung des eigenen geringen Einflusses auf die Entscheidungsträger in Washington. Ein starker europäischer Pfeiler

innerhalb der NATO wäre ein erster Ansatz, das Interesse der Amerikaner an den Europäern zu erhalten, dem transatlantischen Bündnis neues Selbstbewusstsein zu geben und gleichzeitig militärische Handlungsoptionen mit einem verstärkten europäischen Gewicht aufzubauen.

Eine solche Doppelstrategie liegt im deutschen Interesse. Sie erfordert eine deutliche Erhöhung unserer Verteidigungsausgaben und eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte, um „europafähig“ im NATO-Rahmen zu werden. In einer solchen Konstellation können die Deutschen ihre europäische Führungsfähigkeit unter Beweis stellen und zum entscheidenden Bindeglied zwischen den USA und Europa werden.

Heutzutage verfügt kein Staat über unbeschränkte Souveränität. Auch die Supermacht USA wäre mit der Aufgabe, alleinige Ordnungsmacht in der Welt zu sein, überfordert. Auf sich allein gestellt, würde sie den Versuchungen von Überdruß oder Übermut auf Dauer erliegen. Und schließlich zwingt innerhalb der NATO die enorme Technologiekluft zwischen Amerikanern und Europäern zu einer Bündelung der europäischen Kräfte.

Dieses viel beschworene Projekt erfordert einen beträchtlichen Mittelaufwand. Deutschlands Abstieg zu einer drittklassigen Militärmacht kann nur durch eine rasche Konsolidierung und schrittweise Aufstockung des Wehretats mit einem entsprechenden Investivanteil abgebremst werden. Andernfalls wäre beispielsweise die Bildung einer europäischen Eingreiftruppe nur ein Papiertiger-Projekt. Die Vertretung deutscher Sicherheitsinteressen in Europa und damit auch das europäische Gewicht innerhalb der transatlantischen Sicherheitsstrukturen würden weiter geschwächt. Dies würde die militärische Kluft im Bündnis vertiefen und

die Entfremdung zwischen den USA und Teilen Europas noch mehr verschärfen. Zu dieser Verschärfung trägt allerdings auch die kürzlich von Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg vereinbarte Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion mit von der NATO unabhängigen Befehls- und Kommandostrukturen bei. Auf diesem Weg wird die sicherheitspolitische Abkopplung der USA von Europa gefördert, die militärische Substanz der NATO geschwächt und unsere Interessenwahrnehmung einseitig an Frankreich gebunden.

Diese Auswirkungen sind bereits in der Kongo-Krise zu besichtigen: Trotz der Überlastung der Bundeswehr konnte sich Deutschland dem Druck Frankreichs zur Beteiligung an einer Mission, die vornehmlich französischen Interessen dient, nicht entziehen.

Eine gleichberechtigte europäische Sicherheitspolitik, die gemeinsamen europäischen Interessen dient, erfordert dem jeweiligen Gewicht der Mitgliedstaaten angemessene Beiträge. Solange Deutschland nicht bereit ist, diesen Beitrag zu leisten, wird es seine Interessen nicht einmal innerhalb Europas angemessen vertreten können. Andererseits wird Europa kein ausreichendes sicherheitspolitisches Gewicht gegenüber den USA erreichen, wenn große Mitglieder ihre Beiträge verweigern.

Unabhängig davon bleiben die USA aufgrund ihres Potenzials auf absehbare Zeit unabdingbarer Bündnispartner für Deutschland. Ein auf der Definition deutscher Interessen beruhendes strategisches Gerüst als Grundlage sicherheitspolitischen Handelns macht dies klar. Die deutsche Politik muss sich dieser Grundlage bewusst werden und die Herausforderungen einer erneuerten transatlantischen Kooperation in der Sicherheitspolitik annehmen.